

Gorleben zum Endlager für hochradioaktive Abfälle zu machen“. Statt das Atommüll-dilemma anzupacken und Konsequenzen aus dem Scheitern der Asse II mit Blick auf die Geologie in Gorleben zu ziehen, beharre Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf der Einbahnstraße Gorleben.

Im Dreischichtbetrieb wird dort gebaut, der nächste Castor-Transport nach Gorleben sei trotz des Strahlenalarms im Zwischenlager in Vorbereitung und gleichzeitig kreierte die Regierungsparteien „neue Suchräume als semantische Luftballons“ für ein Atommüllendlager, um von ihren festgefahrenen Gorleben-Plänen abzulenken. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke ist sich sicher: „Am Ende sind die 8,97 Mio. Euro herausgeworfenes Geld, weil die Nichteignung des Salzstocks nicht mehr gezeugnet werden kann, daran ändert sich auch nichts durch die 8,97 Millionen Zustimmungsgeld.“

Bitter sei, daß diese Millionenbeträge auch noch Gorleben wohlgefälligen Instituten wie der Firma „international nuclear safety GmbH“ zugeschanzt würden. Alleiniger Gesellschafter der „international nuclear safety GmbH“ ist Bruno Thomauske. Der Wissenschaftler ist für die Gorleben-Gegner ein „rotes Tuch“, weil er aus seiner befürwortenden Haltung zu Gorleben keinerlei Hehl macht und im Rahmen der vorläufigen Sicherheitsanalyse Aufträge im Umfang von 800.000 Euro für eine Sicherheitsbewertung Gorlebens als Atommüll-Endlager erhalten soll.

Thomauske gilt als eine der umstrittensten Figuren der deutschen Atompolitik. Im Jahre 2003 war er aus seiner leitenden Stellung im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ausgeschieden und Leiter des Geschäftsbereichs Atomkraftwerke bei der Vattenfall Europe AG geworden. Nach Kommunikationsversagen an-

läßlich von Reaktorschnellabschaltungen der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel wurde Thomauske von Vattenfall schließlich wieder entlassen.

Inzwischen empfahl Presseberichten zufolge auch der Leiter der Entsorgungskommission für Atommüll (EKS) beim Bundesumweltministerium, Michael Sailer, die bundesweite Suche nach möglichen Endlagerstandorten für Atommüll wieder aufzunehmen. Bis spätestens 2015 sollten Sailers Empfehlung zufolge vier bis fünf Standorte für die Endauswahl bestimmt werden. „Diese vier bis fünf Orte könnte man dann detailliert prüfen und untereinander sowie mit dem bisher erkundeten Standort Gorleben vergleichen“, sagte Sailer n-tv zufolge. Wenn man sich zuvor schon gegen Gorleben entscheide, müßte die Auswahl unter den restlichen Kandidaten getroffen werden.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wertete den Vorschlag des Regierungsberaters zwar als positives Signal, spricht sich aber dafür aus, auf Gorleben als möglichen Endlagerstandort völlig zu verzichten. Ein Vergleich mit den übrigen Kandidaten würde sonst unter ungleichen Bedingungen stattfinden. Der Standort Gorleben ist bereits seit 30 Jahren im Gespräch, die Atomindustrie hat mittlerweile 1,5 Milliarden Euro für die Erkundung und den Ausbau als Endlager investiert. Man müßte an anderen Standorten ähnlich umfangreiche untertägige Erkundungen machen, so BI-Sprecher Ehmke. Das würde viel zu lange dauern und sei kaum möglich. Daher könne es gar keinen fairen Vergleich geben.

Bis Ende 2011 will Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) ein Gesetz zum weiteren Vorgehen in der Endlagersuche vorlegen. ●

Abgereichertes Uran

Costa Rica ächtet Uran-Munition

Vor genau 20 Jahren, während des Golfkriegs 1991, setzten die USA erstmals Uran-Munition in großen Mengen gegen die irakischen Truppen ein. Nun hat Costa Rica als weltweit zweites Land – nach Belgien – ein Gesetz zum Verbot dieser radioaktiven Munition beschlossen. Das berichtete Norbert Suchanek am 29. Juni 2011 in der Neuen Rheinischen Zeitung. Der Gebrauch von mit Uran 238 hergestellten Geschossen verletze mehrere Prinzipien der internationalen Menschenrechte und habe unverantwortbare Langzeitfolgen für Mensch und Umwelt, zitiert Suchanek die Internationale Kampagne zur Ächtung der Uran-Waffen (ICBUW).

Das im vergangenen April vom costaricanischen Parla-

ment verabschiedete und nun von Präsidentin Laura Chinchilla unterschriebene Gesetz verbietet demnach Gebrauch, Handel, Transport sowie Produktion und Aufbewahrung dieser vor allem von den USA verwendeten Geschosse.

Das sogenannte „abgereicherte Uran“ fällt in großen Mengen bei der Anreicherung von Uran-235 zur Kernbrennstoffproduktion an und findet sich auch zusammen mit Plutonium und dem in der Natur nicht vorkommenden Uran-236 in abgebrannten Atombrennstäben. Geschosse mit abgereichertem Uran können gepanzerte Fahrzeuge durchbohren. Die Uran-Munition entzündet sich im Innenraum, die Panzerbesatzung verbrennt, der Panzer explodiert und unzählige radioaktive,

giftige Mikropartikel werden in die Luft geschleudert.

Eingeatmet oder mit der Nahrung aufgenommen erzeugt der radioaktive Staub der verschossenen Uranmunition schwerste Erkrankungen, Krebs, Erbgutdefekte und Mißbildungen bei Neugeborenen, so die Erfahrungen von irakischen und deutschen Ärzten. Betroffen sind nicht nur die in den Kriegsgebieten lebende Zivilbevölkerung, sondern ebenso die Uran-Waffen einsetzenden Soldaten selbst.

Etwa drei Viertel des Schwermetalls verwandeln sich beim Aufprall in Staub, erklärt Damacio A. Lopez, Direktor des Internationalen Forschungsteams für Abgereichertes Uran (International Depleted Uranium Study Team - IDUST). Seit 1985, als er erfuhr, daß die US-Armee Uran-Waffen in nur zwei Kilometern Entfernung von seinem Heimatort in Socorro (New Mexiko) tes-

teten, erforscht Lopez weltweit die Folgen dieser Munition und setzt sich für eine globale Ächtung dieser Waffengattung ein.

Das Problem der Geschosse sei aber nicht nur abgereichertes Uran. Geschosse, hergestellt mit Uran-238, das aus abgebrannten Atombrennstäben stamme, enthalte ebenso das noch gefährlichere Plutonium, erläutert er. Nichtsdestoweniger setzten Nato-Truppen Uran-Munition nachweislich auch im Kosovo und in den Golfkriegen ein. Auch gibt es Hinweise für Einsätze in Afghanistan, im Libanon und in Somalia, möglicherweise auch auf Truppenübungsplätzen in Deutschland. „Mehr als 18 Länder besitzen diese Waffen“, weiß Lopez dem Bericht von Suchanek zufolge. Die USA und Großbritannien setzen sie regelmäßig ein. ●